

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **31 (1951-1952)**

Heft 9

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Das *Ergebnis der Nationalratswahlen* hat ungefähr den Erwartungen entsprochen, die in dieser Richtung gehegt worden waren. Die eingetretenen Veränderungen sind im allgemeinen gering; in einigen besonderen Fällen geben sie freilich zu Aufmerksamkeit Anlaß. Die Verteilung der Sitze gestaltet sich im Vergleich zu der bisherigen Lage folgendermaßen:

	neu	bisher
Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei	23	21
Freisinnige	51	52
Katholisch-Konservative	48	44
Liberale	5	7
Sozialisten	49	48
Kommunisten	5	7
Unabhängige und Freiwirtschaftler	10	9
Demokraten	4	5
Fraktionslos	1	1
	196	194

Im einzelnen wäre dazu festzustellen, daß die Freisinnigen, denen es vor vier Jahren gelungen war, einen Gewinn von fünf Mandaten zu erzielen, sich im wesentlichen gehalten haben. Dafür haben die Katholisch-Konservativen einen Gewinn von vier Mandaten erzielt, welcher im Grundsatz der seit längerer Zeit beobachteten Entwicklung dieser Partei entspricht. Bedauerlich erscheint der Verlust der Liberalen, welche nunmehr von sieben auf fünf Mandate zurückgegangen sind. Bemerkenswert ist andererseits das Ergebnis der Wahlen in bezug auf den Landesring der Unabhängigen, dem es gelungen ist, seine Mandatszahl von neun auf zehn zu erhöhen, obwohl die Freiwirtschaftler gänzlich ausgeschieden sind. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auf den Kanton Bern zurückzuführen, wo die Unabhängigen, die dort zum ersten Mal auftraten, gleich zwei Mandate erobern konnten, darunter das Mandat Duttweilers, der in Zürich als Ständerat durchgefallen ist. Interessant ist die Entwicklung auf dem linken Flügel. Die Sozialisten konnten ihre Mandatszahl von 48 auf 49 erhöhen, doch nimmt sich dieses Ergebnis bescheiden aus in Anbetracht der Tatsache, daß diese Partei bei den letzten Nationalratswahlen einen Verlust von acht Mandaten erlitten hatte. Die Partei der Arbeit erfuhr einen Rückgang von sieben auf fünf Mandate. Man hatte hier und dort gehofft, die Kommunistische Partei noch weiter dezimiert zu sehen. Wenn dies nicht geschah, so scheint hier nach übereinstimmenden Kommentaren die Teuerungswelle eine entscheidende Rolle gespielt zu haben; es ist bemerkenswert, daß diese Partei in Genf, ihrer Hauptposition, nach wie vor unerschüttert dasteht, was auch durch die dortigen Großratswahlen eben erst wieder bewiesen wurde. Sicher ist jedenfalls, was die Sozialisten

betrifft, daß ihr Anspruch auf einen zweiten Sitz im Bundesrat sich nach dem Ergebnis dieser Wahlen als völlig unbegründet erweist.

Am gleichen Tage wie die Nationalratswahlen fanden in verschiedenen Kantonen auch *Ständeratswahlen* statt, und es ist erfreulich, festzustellen, daß die sozialistischen Ansprüche vollständig abgewiesen werden konnten. Im einzelnen ist bemerkenswert die Wegwahl des Herrn Duttweiler in Zürich. Angesichts der Tatsache, daß sich die Stimmen des Landesrings im wesentlichen gehalten haben, erscheint der Mißerfolg Duttweilers wohl in der Hauptsache als Folge der übertrieben persönlichen Propaganda, welche der Kandidat auf diese Wahlen hin für sich durchführen ließ. Als ganz besonders erfreulich möchten wir endlich die Bestätigung von Dr. h. c. Ernst Speiser im Kanton Aargau bezeichnen, dem es gelang, den sozialistischen Ansturm auf seine Kandidatur mit großem Erfolg abzuschlagen.

Jann v. Sprecher

Bericht aus England

England hat eine unblutige Revolution von großer politischer Tragweite durchgemacht. Schon hat man sich daran gewöhnt, daß mit dem Wort ‚Regierung‘ die Konservativen und mit dem Wort ‚Opposition‘ die Sozialisten gemeint sind. Man hat beinahe schon vergessen, daß dies nicht immer so war.

Die allmähliche Verkündung der Wahlergebnisse hatte etwas Dramatisches. In der Nacht vom 25. zum 26. Oktober wurden hauptsächlich die Ergebnisse in den Städten bekanntgegeben. Im Laufe des folgenden Vor- und Nachmittages kamen die ländlichen Wahlkreise an die Reihe. Schon in den städtischen Wahlkreisen hatten die Sozialisten genug Sitze an die Konservativen verloren, um die geringe Mehrheit, die sie im vorigen Unterhaus gehabt hatten, einzubüßen. Die Konservativen dagegen hatten in den Städten keinen einzigen Sitz opfern müssen. Immer wieder hörte man die monotone Formel ‚no change‘ bei der Verkündung der Wahlergebnisse durch die BBC. Wie sich am 26., bei der Bekanntgabe der ländlichen Wahlergebnisse, herausstellte, hatten die Städte schon die Entscheidung gebracht. Die ländlichen Wahlkreise konnten die Sozialisten nicht mehr retten. Auf dem Lande machte sich dieselbe Tendenz bemerkbar wie in den Städten. Nur wenige Wahlkreise wechselten die Hände, aber wo dies geschah, war es im wesentlichen nur in einer Richtung:

es gelang den Sozialisten nicht, auch nur einen konservativen Sitz zu erobern.

Wie ist die Niederlage der Labourpartei und die Knappheit der konservativen Mehrheit zu erklären? Man hatte allgemein einen konservativen Sieg vorausgesagt, und daher hat die geringe Mehrheit der neuen Regierung mehr überrascht als die Niederlage der Labourpartei. Man kann die beiden Tatsachen natürlich nicht vollständig voneinander trennen. Die Knappheit der konservativen Mehrheit beweist ja nur, daß die sozialistische Niederlage eigentlich gar nicht mit so viel Sicherheit vorauszusehen war. An praktischer Tragweite kann jedenfalls nichts die Entscheidung der Mehrzahl der Wahlkreise für die Konservativen und gegen die Sozialisten übertreffen. Die Konservativen haben eine absolute Mehrheit von 17 Stimmen im Unterhaus und sind daher, wenn man von unvorhersehbaren Ereignissen absieht, auf die nächsten fünf Jahre vom Volke mit der schweren Verantwortung für die Re-

gierung des Landes betraut. Es ist nicht anzunehmen, daß die Nachwahlen die neue Regierung wesentlich gefährden werden. Falls der Premierminister daher nicht selbst auflöst — was während der nächsten 2—3 Jahre kaum zu erwarten ist —, kann er nicht dazu gezwungen werden, solange die Fraktionsleitung im Unterhaus ihre Leute in der Hand hat.

Die Wahl des 25. Oktober hat aber auch die große Widerstandsfähigkeit der sozialistischen Bewegung bewiesen. Trotz aller Mißerfolge und der üblichen Antiregierungstendenz der Wählerschaft ist es den Sozialisten gelungen, ihre Stimmenzahl im ganzen Lande zu erhöhen und in der Tat die höchste Stimmenzahl zu erreichen, die jemals eine Partei in England auf sich vereinigt hat. Man kann daraus nur die Folgerung ziehen, daß die Labourpartei eine natürliche Prädominanz bei den breiten Massen hat, die auch durch schwere Rückschläge kaum erschüttert werden kann. Diese Vorherrschaft besteht seit den Kriegsjahren. So kam es bei politischen Diskussionen in der Armee während des Krieges nur ganz selten vor, daß ein Mitglied der Mannschaften vor seinen Kameraden zugab, er hätte jemals für die Konservativen gestimmt. Da die großen konservativen Mehrheiten der Dreißigerjahre aber nie ohne eine starke Beteiligung der Arbeiterstimmen möglich gewesen wären, so sieht man daran nur, wie entschieden sich die öffentliche Meinung von den Konservativen abgewandt hatte.

Jahrelang schon stand die Labourregierung unter dem schwersten Feuer. Wirtschafts-, Währungs- und Brennstoffkrisen hatten sich mit Rückschlägen in der Kolonial- und Außenpolitik abgelöst. Der Übergang von der Opposition zur Regierung hatte — um es milde auszudrücken — große Schwächen zu Tage gebracht. Später waren die Mitglieder der Regierung, die oft schon während des Krieges Minister gewesen waren, unter der jahrelangen Verantwortung meist physisch und psychisch erschöpft. Den Verlust Bevin und Sir Stafford Cripps' hatte die Regierung nie überwunden. Dann kam der Rücktritt der Bevan-Gruppe, der Konflikt zwischen Bevan und den Gewerkschaften. Die Einheit der Partei war gefährdet. Und doch erhöhte sich die sozialistische Stimmenzahl von ca. 12 Millionen im Jahre 1945 auf 13,2 Millionen im Jahre 1950 und endlich auf 13,9 Millionen in diesem Jahre.

Dies will natürlich nicht heißen, daß die Sozialisten nur durch ein Versagen des Wahlsystems verloren haben. Auch stimmenmäßig hat sich eine antisozialistische Mehrheit ergeben, wenn auch nur eine sehr geringe. Bei Berücksichtigung gewisser Wahlkreise, in denen kein Wahlgang stattfand, ergibt sich, daß die Gesamtstimmenzahl der Labourpartei die der Konservativen und ihrer Verbündeten nur ein klein wenig übersteigt und daß sich praktisch die Parität ergibt. Wenn man aber die Mehrzahl der liberalen Stimmen zu denen der Konservativen zurechnet — was dem Vorgang bei den Wahlen entspricht — und die Minderheit zu denen der Sozialisten, so läßt sich daraus eine ganz geringe antisozialistische Mehrheit folgern.

Bei der sehr starken Gefolgschaft der Labourpartei unter den Arbeitern und der engen Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung kann man die sozialistische Niederlage nur auf die Wähler der Mitte, auf die Gemäßigten, zurückführen.

In diesem Sinne waren die liberalen Stimmen entscheidend.

Allerdings erlitt die Liberale Partei selbst eine weitere vernichtende Niederlage. Die Zahl der liberalen Sitze ging von neun auf sechs zurück und die ihrer Stimmen von zirka 2,6 Millionen im Jahre 1950 auf 725 000 in diesem Jahre. Bei diesem Vergleich muß man allerdings berücksichtigen, daß die Liberalen weniger Kandidaten aufstellten. Praktisch gibt es jetzt keine Mittelpartei mehr zwischen den Konservativen und den Sozialisten. Die Liberalen sind an dem Versuch, diese Rolle zu übernehmen, gescheitert. Die Abhängigkeit der beiden großen Parteien von den Wählern

der Mitte ist darum um so größer. Dieser Zustand ist keineswegs ungesund. Er dürfte etwaige extreme Entwicklungen verhindern. Auf jeden Fall haben die Sozialisten die Wahl hauptsächlich deswegen verloren, weil sie sich die gemäßigten Wähler der Mitte entfremdeten.

Die Behauptung sozialistischer Sprecher, Churchill sei ein Kriegshetzer, hat den Sozialisten scheinbar einige Wahlkreise gerettet. Auf lange Sicht hat sie ihnen aber schwer geschadet. Sie war nur ein weiterer Meilenstein in der Entfremdung der Mitte. So sprach sich die Londoner «Times», die 1945 dem Sozialismus äußerst wohlwollend gegenüberstand, in diesem Jahre eindeutig für die Notwendigkeit eines konservativen Sieges aus. Die gewöhnlich unabhängigen politischen Wochenzeitschriften taten dasselbe. Die Gemäßigten aller Volksschichten hatten das Gefühl, die Sozialisten könnten nur Parteipolitik treiben und seien daher unfähig, mit den schweren Problemen der nächsten Jahre, welche die Mitarbeit des ganzen Volkes erforderten, fertig zu werden. Besonders beunruhigt war man über das Anwachsen des Einflusses der Bevangruppe in der Labourpartei, der sich bei den Wahlen für den Parteivorsitz gezeigt hatte. Gab es überhaupt noch eine einheitliche sozialistische Politik und Parteileitung?

Es ist Churchill nun gelungen, eine Regierung auf breiter Grundlage zu bilden. Leider haben die Liberalen eine direkte Beteiligung an der Regierung abgelehnt. Man erwartet aber, daß sie in der Regel im Unterhaus für die Regierung stimmen werden. Über den Wechsel im Foreign Office, zu dessen Leitung Eden zum dritten Male berufen ist, kann man nur erfreut sein. Churchill hat Eden schon lange zu seinem politischen Erben ausersehen; Edens Ernennung zum stellvertretenden Premierminister bestätigt das. Den schweren Posten des Schatzkanzlers und damit die undankbare Aufgabe, einschneidende Sparmaßnahmen durchführen zu müssen, übernimmt R. A. Butler, ein «linker» Tory. Ein Rechtsanwalt ohne politische Vergangenheit, Sir Walter Monckton, wird als Arbeitsminister für die heiklen Beziehungen mit der Gewerkschaftsbewegung — die übrigens der neuen Regierung ihre loyale Mitarbeit versprochen hat — verantwortlich sein. Die Ernennung erfahrener Geschäftsleute wie Lord Wooltons und Lord Leathers — die während des Krieges wichtige Ministerposten bekleideten — zu koordinierenden Funktionen betont die Entschlossenheit der Regierung, in erster Linie die altbewährten Prinzipien des Geschäftslebens auch wieder auf den Staat anzuwenden.

Trotzdem die innerpolitischen Probleme momentan äußerst dringlich sind, ist die neue Regierung entschlossen, dabei die auf lange Sicht natürlich noch viel wichtigeren Probleme der Außenpolitik nicht zu vernachlässigen. Churchill hofft, vor seinem Ausscheiden aus dem öffentlichen Leben der friedliebenden Menschheit noch einen weiteren großen Dienst zu leisten, im Hinblick auf die Spannung zwischen Ost und West. Hier wird ihn die große diplomatische Kunst und Erfahrung Edens wirksam unterstützen.

Frank Eyck

Bericht aus Ostdeutschland

Vom Leben hinter den Gittern

Die westlichen Vorstellungen vom Leben hinter dem Eisernen Vorhang beruhen auf den beiden Begriffen Hunger und Konzentrationslager. Ich sage «Begriffen»; denn jeder, der einmal lange Zeit Hunger oder der einmal Lebensangst erlebt hat, wird wissen, daß solche Erfahrungen auch nur *während* der Erfahrung zu verstehen sind. Für jedes unbeteiligte Reden werden sie zu Begriffen und höch-

stens durch Erinnerung oder Vergleich mit eigenen Erlebnissen kann vielleicht eine Ahnung erweckt werden. Hier liegt das erste Hindernis für eine angemessene Vorstellung dieser Welt. Dieser Welt, die unserem Verstehen so fern, unserer Furcht aber so nahe ist. Vielleicht rückte sie aber der Furcht ferner, käme sie dem Verstehen näher. Das zweite Hindernis liegt darin, daß wir die beiden genannten Begriffe isoliert betrachten statt als nur verschiedene Wirkungen eines gleichen Grundes. Wir sehen da einmal die materielle Not und in einem ganz anderen Bereich das seelische Leid. Das Wesen dieser Welt ist aber allein aus dem Zusammenhang beider zu begreifen.

Wie ist denn die Lage der Menschen dort?

Denken wir an irgendeine Familie: Der Vater war Beamter. Weil er sich aber weigerte, «am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen», d. h. aktiv in einer politischen Organisation zu arbeiten, wurde er entlassen und mußte froh sein, in einer «volkseigenen» — sprich: verstaatlichten — Buchbinderei als Hilfskraft eingestellt zu werden. Will er aber nicht auch hier Gefahr laufen, Stellung und Verdienst zu verlieren, dann darf er nicht wagen, die Unterschrift zu Resolutionen etwa über die Rechtsgültigkeit der Oder-Neisse-Grenze zu verweigern; er darf nicht den politischen Betriebsversammlungen fernbleiben; und um nicht mit Schlimmerem bedacht zu werden, nützte er die Gelegenheit, ein relativ harmloses Amt in der «Nationalen Front» zu übernehmen. Sein Verdienst ist jedoch zu knapp, um bei der dürftigen Lebensmittel-Zuteilung und den hohen «HO»-Preisen die Lebenshaltung für die Familie bestreiten zu können. So besann sich die Mutter ihres Berufes, den sie vor der Hitler-Zeit und vor der Ehe ausgeübt hatte und ließ sich wieder als Lehrerin einstellen. Das war schon vor zwei Jahren, als die Umwandlung des Schulsystems noch nicht so weit gediehen war wie heute. Jetzt ist sie nicht nur gezwungen, der Gesellschaft für Sowjet-Freundschaft beizutreten — das wäre nicht das Schlimmste —, sondern sie muß sich auch an allen Schulungen und Versammlungen beteiligen, muß offensichtliche Lügen und die Bemäntelung von Verbrechen ohne Widerspruch anhören, denn zu Hause wartet die Familie auf das Brot, um das sie arbeitet. Der ältere Sohn erhielt zu einer Zeit, da das Ausleseverfahren an den Universitäten noch nicht so «fortschrittlich» war wie heute und weil er sich auf den gegenwärtigen Arbeiterstand seines Vaters berufen konnte, die Zulassung zum Studium. Nur weil er eine «FDJ-Gruppe» leitet, hat man ihm trotz seiner Weigerung, der SED beizutreten, noch das Stipendium belassen (im allgemeinen ist die aktive Tätigkeit in dieser Partei erste Bedingung für Stipendiaten). Wollte er jedoch auch die Funktion in der FDJ, die ja politischen Charakters ist, niederlegen, so wäre er aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, das Studium aufzugeben. Dann bliebe ihm aber als jungem gesundem Menschen ohne Fachausbildung nur noch die Wahl zwischen dem berüchtigten Uranbergbau oder dem Dienst in der «Volkspolizei». Der kleinere Bruder besucht noch die Schule. Selbstverständlich, um nicht aufzufallen, ist er «Junger Pionier» geworden. Verzweifelt müssen die Eltern zusehen, wie er in das Gewirr des nun allmächtig gewordenen «Erziehungs»-Apparates der Machthaber gerät. Verzweifelt deshalb, weil sie vor ein Problem gestellt sind, das unlösbar ist: Sie sind verantwortlich für die Seele ihres Kindes, d. h. sie müssen versuchen, es vor den verderblichsten Einflüssen dieser «Pädagogik» zu bewahren. Bei der raffinierten Funktion des Kontrollsystems könnte das jedoch in Schule und Jugendgruppe nicht unbemerkt bleiben. Das bedeutet, sie riskieren mit jedem eigenen Erziehungsversuch wiederum den Verlust ihrer Erwerbsquelle. Vor dieser Gefahr müssen sie sich aber hüten, weil sie auch die Verantwortung für das leibliche Wohl ihres Kindes tragen.

Dieses Beispiel kann vielleicht eine Ahnung davon geben, daß die Not dieser

Menschen nicht tief genug gesehen ist, wenn man sie als die *Summe* aus materiellen Sorgen und seelischen Ängsten bezeichnen will oder gar überhaupt nur eine Seite sieht. Sie gründet vielmehr in dem wechselseitigen Zusammenhang beider, so daß eines erst das andere hervorbringt.

Aber auch für sich betrachtet bedeuten die materiellen Mängel nicht wesentlich anderes als die seelischen Nöte.

Was heißt es denn, wenn ich mir nicht Wurst kaufen kann, wenn ich Appetit und Geld habe,

sondern nur, wann die Fleischmarken aufgerufen sind und auch dann nur, wenn sie in dieser «Dekade» für Fleisch freigegeben sind und nicht für Eier oder Fisch; was heißt es denn, wenn ich mir täglich sauer mein Geld verdient habe, mir nun vielleicht einen Sommermantel gönnen will und zu hören bekomme: «Sommermäntel gibt es nicht»; was heißt es denn, wenn ich meinem Freund ein schönes Buch schenken will und im Laden nicht eines finde, das ihm Freude machen würde; was heißt es denn, wenn ich müde von Arbeit und Sorgen am Abend Entspannung suchen möchte und feststelle, daß in allen Kinos der Stadt fremde Propagandafilme laufen, die auch noch in die Mußestunden dasselbe schreien, womit den ganzen Tag auf einen eingehämmert wird; was heißt es denn, wenn einer, der seinen Gartenzaun in Ordnung bringen will, nicht einmal einen Nagel kaufen kann; was heißt es denn, in einem Land zu leben, wo es schon sprichwörtlich geworden ist, daß es nicht eine Stecknadel zu kaufen gibt? Das alles heißt doch nichts anderes als daß den Menschen, angefangen bei ihrem Bedarf nach Stecknadeln, die Freiheit entzogen worden ist. Die Freiheit, zu kaufen, was sie wollen, die Freiheit, zu wählen, was sie wollen, die Freiheit, mit ihrem Geld und ihrer Ruhezeit anzufangen, was ihnen lieb ist. Ist es nicht ein Sinn alles Arbeitens, sich durch die Früchte der Anstrengung unabhängig zu machen und ein eigenes Leben zu gestalten? Wie ist es aber hier? Einer kann sich mühen so viel er will, überall, bei den selbstverständlichsten Kleinigkeiten schon, fühlt er die Fesseln, hört er den Staat zu sich sprechen: Ich bin hier der Herr! Was wahnst du, lächerliches Wesen, dich meiner Allmacht irgendwo entziehen zu können? Deine Arbeit hat mir zu dienen und was dann für dich noch bleibt, das bestimme ich.

Wer einmal lange Zeit wirtschaftliche Not erlitten hat, der wird wissen:

das Schlimmste ist nicht die materielle Entbehrung selber,

sondern vielmehr dies, daß die Sorgen, die diese Entbehrung hervorruft, uns «zu nichts anderem» kommen lassen, nämlich nicht zu dem, was uns wesentlich ist, worin wir uns wohl fühlen; sie hindern uns daran, zu uns selber zu kommen. Wir fühlen uns von unseren leiblichen Bedürfnissen gefesselt. Der Hunger kann zu einem Kerker unserer Seele werden. Daran müssen wir aber denken, um die «materielle» Lage der Ostgebiete recht zu verstehen. Was immer man aus dem wirtschaftlichen Tiefstand, aus der «äußeren» Not dieser Länder in ökonomischer, sozialer und politischer Hinsicht ablesen mag: in ihrem tiefsten Grunde ist auch diese Not nichts anderes als nur eine Weise des eigentlichen Leidens: eine Weise der Versklavung.

Es ist also falsch, erst in der Einrichtung des «KZ»-Systems, in der Einrichtung des organisierten Menschenraubes *allein* das Wesen dieser Diktatur begreifen zu wollen. Wir machen auch hier wieder den Fehler isolierter Betrachtung. Wir denken uns unwillkürlich eine Welt ähnlich der unsrigen, zu der dann das Schreckgespenst «KZ» hinzugebracht wird. Gerade umgekehrt ist es. Die *ganze* Welt ist schon anders, und der Menschenraub ist nur die äußerste Ausgeburt eines Abgrundes, welcher in der Sorge der Mutter um die Verwirrung ihres Kindes, ja

selbst in der fehlenden Stecknadel schon sichtbar wird. Aber noch in einer zweiten Weise ist es falsch, die Tatsache der willkürlichen Freiheitsberaubung lediglich als eine Tatsache zu betrachten. Man hat manchmal den Verdacht, daß in einem gewissen abstrakten und pathetischen Freiheitsgerede, wie es hier und da im Westen üblich geworden ist, an der sehr konkreten und nüchternen Situation der östlichen Welt vorbeigeredet wird. Diese Welt ist in *Einem* die Welt der hunderttausend rechtlos Eingekerkerten und die Welt der Millionen, die um ihre entführten Angehörigen und Freunde in bitterer Sorge sind und die Welt Aller, die dort wohnen, — im Bewußtsein, von dem gleichen Schicksal ständig bedroht zu sein. Der Menschenraub ist nicht nur dort, wo er faktisch vollzogen wird; seine Wirklichkeit reicht vielmehr so weit wie seine Möglichkeit geht: er bestimmt alles Leben im Bereich dessen, wo er vollzogen werden *kann*. Das Schrecknis der Freiheitsberaubung besteht nicht allein in der Faktizität des Einzelfalles, sondern in der Macht, die sie als Bedrohung auf das Ganze übt. *Diese* Macht ist die Finsternis, welche sich über die östliche Welt ausgebreitet hat.

Aber weil wir in einer verirrten «Realitäts»-Begeisterung uns an die «greifbaren» Einzelheiten verlieren, sind wir blind geworden für das, was im ganzen und im Grunde geschieht. Sonst würden wir auch hier, statt uns abwechselnd von mißtönenden Friedensschalmeien einlullen und von einem waffenklirrenden Popanz zittern machen zu lassen, der Wirklichkeit, d. h. dieser Finsternis ins Auge blicken können. Dann würden wir vielleicht auch das *Licht* erblicken, das dort inzwischen aufgegangen ist — nämlich in den Herzen der unterdrückten Menschen. — Wie, wenn das ein Licht wäre, das uns selber mangelte?...

Jan Wolff

Militärische Umschau

Wie werden unsere Panzer bemannt?

Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, im Rahmen des grundsätzlich bewilligten Rüstungsprogrammes 200 leichte Panzer französischer Konstruktion vom Typ AMX mit einer 7,5 cm Panzerabwehrkanone zu beschaffen¹⁾. Der Leichtpanzer bildet eine wertvolle Verstärkung der Panzerabwehr. Unsere Landesverteidigung braucht aber in erster Linie einen gut gepanzerten Kampfwagen für die direkte Unterstützung der Infanterie. Leider richtet sich jedoch das Angebot nicht nach unseren Wünschen. So müssen wir uns denn bis auf weiteres mit dem leichten AMX als Spatz in der Hand begnügen²⁾.

Die Beschaffung von Panzern ruft sofort nach deren Bemannung. Es galt bisher als ausgemacht, daß die acht Dragonerabteilungen mit ihren 24 Schwadronen gewissermaßen ein Mannschaftsdepot für eine künftige Panzerwaffe darstellen³⁾. Nun nimmt aber der Bundesrat in Aussicht,

¹⁾ Botschaft vom 23. Oktober 1951. Bundesblatt 1951, III, S. 280.

²⁾ In dem in den «Emmentaler Nachrichten» vom 16. November (Nr. 134) erschienenen Artikel «Wieder die Panzerfrage» schreibt der bekannte Panzerfachmann Hptm. i. Gst. Studer: «Mit der Einführung der AMX 13 ist aber die ganze Panzerfrage nicht gelöst. Für die *direkte Begleitung* der Infanterie oder der Leichten Truppen braucht man nach wie vor einen Kampfwagen, der sehr gut bewaffnet, beweglich und *stark gepanzert* ist. Eben einen ‚Patton‘, ‚Centurion‘ oder ‚Stalin‘. Daran können alle Diskussionen — leider — nichts ändern».

«für die Aufstellung dieser ersten Panzerverbände die Angehörigen der Panzerabwehrkompagnien der Leichten Regimenter und der Divisionen heranzuziehen»¹⁾.

Es fällt auf, daß jetzt nicht mehr von den Dragonern die Rede ist und der Bundesrat offenbar beabsichtigt, neben einer neuen Panzertruppe die berittene Kavallerie beizubehalten. Schon 1948 urteilte der Generalstabschef, daß «ihre Leistungen in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Aufwendungen stehen»⁴⁾. Sollen in der Panzertruppenfrage die militärischen Sachfragen von politischen Rücksichten überschattet werden?

Die nachfolgende Tabelle zeigt, daß die Panzerabwehrkompagnien der Leichten Truppen Gegenstand einer schwankenden Beurteilung sind:

Organisation:	1945 (Ende des Aktivdienstes)	1947 (Truppen- ordnung 1947)	1948 (Organisation d. Leicht- ten Truppen 1948)	1951 (Truppen- ordnung 1951)
Einheiten:	25 Mot. Ik. Kp.	25 Mot. Pak. Kp.	9 Pak. Kp.	15 Pak. Kp.

(Mot.Ik.Kp., Mot.Pak.Kp. und Pak.Kp. sind drei verschiedene Bezeichnungen, die nacheinander für ein und dieselbe Einheit der Leichten Truppen gebraucht wurden.)

Anno 1948 wurden 16 Pak.Kp. zwecks Aufstellung der drei Panzerjägerabteilungen aufgelöst⁵⁾. Im Laufe dieses Winters werden nun wieder sechs neue Pak.Kp. aufgestellt, deren Todesurteil schon gefällt wird, bevor die neue Truppenordnung in Kraft getreten ist. Der schwankende Kurs wird noch offensichtlicher, wenn man auf die *Infanterie* blickt, die anlässlich der Einführung neuer Panzerabwehrwaffen pro Regiment eine motorisierte Pak.Kp. erhalten soll⁶⁾. Die Ik.Züge der Infanteriebataillone bilden die Mannschaftsreserve für die künftigen 33 Pak.Kp. der Infanterie. Der Bundesrat will nun im Winter 1951/52 sechs neue Pak.Kp. der Leichten Truppen aufstellen, diese zwecks Schaffung einer Panzertruppe 1—2 Jahre später wieder auflösen und vielleicht nach 2—3 weiteren Jahren 33 Pak.Kp. der Infanterie aufstellen.

Ein solcher Zickzackkurs sollte vermieden werden. Anstatt die 15 Pak.Kp. der Leichten Truppen für die neue Panzertruppe zu opfern, wäre es zweckmäßiger, diese Kp. der Infanterie zu überlassen, zwecks Eingliederung in 15 Infanterieregimenter (1—2 pro Div. und Geb.Br.) und die Mannschaft der 45 Ik.Züge dieser Regimenter den Leichten Truppen für die Aufstellung der Panzertruppe zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise würde gleichzeitig die Panzerabwehr der Infanterie verbessert, da die 4,7 cm Pak. der Leichten Truppen der 4,7 cm Ik. der Infanterie überlegen und dank der Motorisierung viel beweglicher ist als die pferdebespannte Ik. Erhält die Infanterie gelegentlich einmal ein besseres Pak.Geschütz, stehen dann für die 33 Regimenter des Auszuges bereits 15 motorisierte Einheiten zur Verfügung, und es sind lediglich 18 weitere Kp. aus Ik-Zügen neu zu formieren.

Die Schaffung einer Panzertruppe darf nicht nur vom Standpunkt der Leichten Truppen aus angepackt werden; man muß auch in dieser Frage das Interesse der ganzen Armee im Auge haben.

Miles

³⁾ Vgl. Botschaft vom 10. Oktober 1950 betr. die Organisation des Heeres, S. 19 (Bundesblatt 1950, III, S. 112) und Militärische Umschau, Novemberheft 1950.

⁴⁾ Unsere Landesverteidigung, 1948 herausgegeben vom Generalstabschef, S. 33.

⁵⁾ 1945: 3 Panzerwagenkp. — 1947: 3 Panzerwagenkp. — 1948: 3 Panzerjägerabt. — Truppenordnung 1951: 3 Panzerjägerabt.

⁶⁾ Botschaft vom 10. Oktober 1950 betreffend die Organisation des Heeres, S. 16.